

AGENTUR FÜR ARBEIT

Deutschland ist Weltmeister...

...und zwar Exportweltmeister. Zum wiederholten Male. Allen Unkenrufen zum Trotz konnte die Bundesrepublik diesen Titel souverän verteidigen. Die Gewinne der großen Unternehmen erreichen immer neue Rekorde. Laut US-Wirtschaftsmagazin Forbes leben in Deutschland nach den USA die zweit meisten MilliardärInnen weltweit. Die Zahl der EinkommensmillionärInnen hat sich in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt. Es geht also aufwärts mit diesem Land, der Aufschwung ist endlich da, und wir alle sind Deutschland...

Oder doch nicht? Denn es gibt auch ein anderes Deutschland. Immer mehr Menschen sind von Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Armut betroffen. Dem wachsenden Reichtum einiger weniger stehen deutliche Reallohnverluste für ArbeitnehmerInnen und zunehmende Armut breiter Bevölkerungsschichten gegenüber.

Trotz Rekordgewinnen verkünden die großen Unternehmen (Nokia, Telekom, Allianz und viele mehr) häufig im selben Atemzug die Entlassung mehrerer tausend MitarbeiterInnen, um noch wettbewerbsfähiger auf dem internationalen Markt zu werden. Auch die VertreterInnen und LobbyistInnen der deutschen Wirtschaft werden nicht müde, weitere Entlastungen für Gutverdienende und Unternehmen,

sowie niedrigere Löhne und weitere Einschnitte ins soziale Netz zu fordern. Schließlich müsse sich der „Standort D“ ja gegen die internationale Konkurrenz behaupten.

Dabei wird dann eisern ignoriert, dass die Position der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich so schlecht gar nicht sein kann. Wie könnte Deutschland sonst Exportweltmeister sein? Die Lohnstückkosten in der Bundesrepublik sind vergleichsweise niedrig, ebenso die tatsächliche Steuerbelastung: So tragen die Unternehmen nicht einmal 3 Prozent des gesamten deutschen Steueraufkommens. Mit ihrer effektiven Steuerbelastung für Kapitalgesellschaften (die in etwa so hoch ist wie in der Slowakei) liegt die Bundesrepublik im hinteren europäischen Mittelfeld.

Die Politik fühlt sich offenbar dennoch inspiriert und opfert zahlreiche wichtige soziale Errungenschaften in vorauseilemdem Gehorsam auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit. Bundespräsident Horst Köhler hatte bereits in seiner Weihnachtsansprache 2006 keine wichtigere Botschaft zu verkünden, als dass wir „in einem internationalen Qualitätswettbewerb“ stehen, der „alle Bereiche unseres Zusammenlebens betrifft.“ Die „Qualität von Politik“ misst er am Erfolg im internationalen Wettbewerb, nicht an einer Wirtschaftspolitik, die Wohlstand für alle schafft. „Gute Politik“ hat aus seiner Sicht nicht primär etwas mit der Umsetzung des politischen Willens des Parlaments oder der Wünsche und Vorstellungen der Mehrheit der Bevölkerung zu tun, geschweige denn mit auf-

Foto: Janine Wittig - photocase.com

klärerischer Vernunft, Fortschritt als Verwirklichung humaner Ideale oder gar mit Emanzipation im Sinne einer Befreiung der Menschen von irrationalen Zwängen. Nein, entscheidendes Kriterium für die Bewertung von Politik ist für Köhler, wie gut sie den Wettbewerb auf allen Feldern organisiert; die Politik muss vor allem auf den Wettbewerb ausgerichtet sein und ist diesem letztlich unterzuordnen. Wie selbstverständlich werden also im Köhlerschen Sinne von politischer Seite die Forderungen der UnternehmensvertreterInnen bereitwillig erfüllt. Natürlich ohne dass die erhofften Effekte auf die Konjunktur jemals eingetreten wären - im Gegenteil.

Deshalb muss die Dosis noch deutlich erhöht werden! Und wenn die Medien dann noch willfährig berichten, dass der Aufschwung endlich da sei, dann ist es auch egal, dass dieser nur die Gewinne der Großunternehmen und die Geldbeutel der ohnehin schon besser gestellten Bevölkerungsschichten betrifft, während die Mehrheit der Bevölkerung nichts vom angeblichen Aufschwung spürt, abgesehen davon, dass die Lebensverhältnisse noch unsicherer werden. Denn auch hierfür hat der Bundespräsident eine leichte Erklärung: „Zur Freiheit gehört Ungleichheit“ und Ungleichheit stärke die schöpferischen Kräfte, war einem

Interview mit der FAZ Ende 2007 zu entnehmen. Kein Wort verlor er darüber, dass zu einer freien Gesellschaft auch die materiellen Voraussetzungen des/der einzelnen gehören, diese Freiheit auch wahrnehmen zu können...

All die ganzen großzügigen Geschenke an das Kapital müssen letztlich aber auch irgendwie gegenfinanziert werden. Das Ergebnis ist offensichtlich: Die Profite der Unternehmen und das private Vermögen einiger weniger wachsen kontinuier-

Die soziale Spaltung wird vertieft und scheint sogar gewollt

lich, ebenso die Löcher in den öffentlichen Haushalten. Doch auch hierfür gibt es eine einfache Lösung: Wir alle müssten eben bereit sein, auch mal Verzicht zu üben und den Gürtel enger zu schnallen, so lautet das Credo aus Politik und Wirtschaft. Dabei ist es bezeichnend, dass hiervon natürlich die sogenannte „leistende Elite“ unseres Landes verschont bleibt, dass das Schlagwort „keine Tabus“ immer nur auf die Rechte und den Geldbeutel der ArbeitnehmerInnen und sozial Benachteiligten abzielt, während die

Besitzstände der ohnehin Bessergestellten wie selbstverständlich gewahrt bleiben. Die soziale Spaltung wird vertieft und scheint sogar gewollt.

Gezielt wird eine Diskussion über vermeintliche Eliten geführt, um die Existenz einer natürlichen, genetisch veranlagten Ungleichheit in der Gesellschaft vorzutäuschen und diese zu rechtfertigen. Schließlich sei es ja logisch, dass bei schrumpfenden öffentlichen Finanzen vor allem zunächst einmal die Elite aus heutigen und zukünftigen LeistungsträgerInnen gefördert und hofiert werden muss. Wer kann es sich noch leisten, Verlierer und VersagerInnen (die ja eh alle nur in der sozialen Hängematte liegen) auch noch zu belohnen?

Diese Argumentation zieht sich durch alle gesellschaftlichen Debatten, wie in der Bildungspolitik, wo bei jeder noch so unpassenden Gelegenheit, zum Beispiel im Nachgang der PISA-Studie oder in der Debatte um die international angeblich nicht wettbewerbsfähigen Hochschulen, Elite-Programme gefördert werden. Da werden eben lieber öffentlichkeitswirksam einige wenige „Leuchttürme der Wissenschaften“ gesucht, die sich bei näherer Betrachtung als „Leuchttürme der ökonomischen Verwertbarkeit“ entpuppen, statt sich ernsthaft mit der sozialen Selektion des deutschen Bildungssystems

und den daraus resultierenden Problemen zu beschäftigen.

Im Gegenteil: Unter anderem durch die Einführung von allgemeinen Studiengebühren wird diese Selektion noch weiter verschärft und wie so oft auf die Ebbe in den öffentlichen Kassen verwiesen. In Wahrheit sind Haushaltslöcher ein hausgemachtes Problem, dem durch geeignete Maßnahmen zu begegnen wäre. Aber die Einführung von Studiengebühren soll ja primär auch nicht mehr Geld an die Hochschulen bringen, sondern vielmehr dazu dienen, auch das Studium ökonomischen Interessen und der Logik des Wettbewerbs unterzuordnen. Bildung darf keine Ware sein, der freie Zugang zu Bildung ist Grundvoraussetzung für eine emanzipatorische, demokratische und soziale Entwicklung der Gesellschaft. Eine fortschrittliche Bildungspolitik allein kann bei aller Notwendigkeit jedoch nicht ausreichen.

War es etwa das, was unseren Bundespräsidenten unlängst bewegte, an die „soziale Verantwortung der Unternehmen“ zu appellieren? Wohl kaum. Denn damit meinte er nicht etwa, dass Arbeitsplatzabbau und Lohnkürzungen im Zuge des angeblich notwendigen Erhalts der Wettbewerbsfähigkeit bei gleichzeitig rasant steigenden Bezügen für Topmanager mehr als geschmacklos ist, auch kann er nicht gemeint haben, dass die Unternehmen ihren treuen Angestellten (damit wären aus seiner Sicht dann natürlich wieder die Topmanager gemeint) doch dringend international vergleichbare Bezüge gewähren sollten (wobei dieser Appell dem „Mann der Wirtschaft“ sogar noch eher zuzutrauen wäre) ... Nein, Köhler meinte, die Unternehmen könnten ja zum Beispiel mal Schulen renovieren und andere staatliche Aufgaben übernehmen. Auch eine Möglichkeit mit den leeren öffentlichen Kassen umzu-

gehen, wenn auch eine seltsame und wenig Erfolg versprechende!

Notwendig wäre stattdessen eine grundsätzlich andere Politik, die sich nicht aus ihrer angeblichen Alternativlosigkeit begründet, sondern eine Politik, die endlich damit anfängt, den gesellschaftlichen Reichtum von oben nach unten „umzufairteilen“. Aber dazu braucht es Mut; Mut zum Träumen, Mut zum Kämpfen! Wider die Kapitalistische Logik! Denn eine andere Welt ist möglich und dringend nötig!

Stephan Köker
Bundes-SJ-Ring

Vergleiche zu diesem Thema auch den Antrag der SJD – Die Falken „Ausbau statt Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme“ beim Bundesausschuss im März 2008. Zu finden unter www.wir-falken.de.

Armes Deutschland? Reiches Deutschland!

In Deutschland wächst die Armut.

- Im Jahr 2005 wurden 10,6 Millionen armutsgefährdete Menschen gezählt, also fast jedeR Achte. Diese haben ein Einkommen unter 856 Euro im Monat. Das sind offizielle Zahlen. In Wirklichkeit dürften es ein paar Millionen Menschen mehr sein.
- Das Arbeitslosengeld II ist zu knapp. Eine alleinstehende Person erhält 347 Euro im Monat plus Mietkosten. PartnerInnen und Kinder bekommen noch weniger. Das reicht nicht für ein anständiges Leben.
- 3,3 Millionen Beschäftigte arbeiten für Armutslöhne von höchstens 1.442 Euro brutto bei einer Vollzeitstelle.
- Sieben Millionen Erwachsene sind so sehr verschuldet, dass sie ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen können.
- Die unteren 50% der Vermögensskala verfügen nicht einmal über 4% des Gesamtvermögens in der BRD.

In Deutschland wächst der Reichtum.

- Ende 2006 lebten 108 MilliardärInnen in Deutschland. Zusammen besitzen sie mehr als 300 Mrd. Euro und ihr Vermögen wächst.
- Bereits im Jahr 2005 gab es 767.000 Dollar-MillionärInnen in Deutschland.
- Das reichste Zehntel der Bevölkerung in Deutschland besitzt mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens: Über 4.000 Milliarden Euro an Geld, Aktien, Grundstücken usw.

Boris Kuhn
Bezirk Südbayern

Diese und weitere Daten findet ihr unter:
www.isw-muenchen.de
<http://wipo.verdi.de>
www.sozialpolitik-aktuell.de